

Beschlüsse

der AGS-Landeskonferenz am 29.10.2016 in Heidelberg

Wirtschaft 4.0 -Auswirkungen auf die Arbeitswelt

Wir, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Baden-Württemberg, sehen in den Techniken, die über eine zunehmende Digitalisierung der Wertschöpfungskette zur sog. Wirtschaft 4.0 führen werden, das große Potential, viele bis heute nur für die großindustrielle Massenfertigung zur Verfügung stehende Hilfsmittel auch für die Fertigung kleiner Stückzahlen oder einzelner Sonderanfertigungen im Mittelstand und Handwerk anwenden zu können. Darüber hinaus wird die Verfügbarkeit der Daten aus den Herstellungsprozessen und Wertschöpfungsketten auch den Betrieben im Mittelstand, Handwerk und kleinen Dienstleistungsunternehmen ermöglichen, ihren Kunden hochspezifische, auf die Kundenwünsche angepasste Produkte und Dienstleistungen rationell und mit den Qualitätssicherungsmöglichkeiten der Massenfertigung anzubieten.

Wirtschaft 4.0 wird gerade diesen Unternehmen helfen, ausgehend von vorhandenem, oft sehr speziellen Know-how neue Märkte zu erschließen. Die breitere Nutzung der meist sehr spezifischen Problemkenntnisse in einem größeren Markt sichert den Mittelstand und die kleinen Betriebe gegenüber der Konkurrenz durch Massenware ab, da spezielle Produkte wenig preiselastisch sind. Die enge Kundenbeziehung und Kenntnis der Anwendungsfelder der eigenen Produkte kann mit den Hilfsmitteln, die durch Wirtschaft 4.0 zur Verfügung gestellt werden, auf einen größeren Kundenkreis ausgeweitet werden.

Wir sehen aber auch Risiken in der Praxis:

- Die leichte Verfügbarkeit von Daten kann auch zur ungewollten oder unbewussten Offenlegung essentiell wichtigen Wissens führen.
- Eine Standardisierung von Prozessen kann zur leichteren Austauschbarkeit der Anbieter führen, wie das bei industrieller Massenware zum Teil eingetreten ist.
- Im Gegensatz zu großen Industriebetrieben verfügen weder der Mittelstand noch Kleinbetriebe über ausreichende eigene IT-Abteilungen und Verhandlungsmacht gegenüber großen Softwareanbietern, hier können schnell Abhängigkeiten vom Anbieter entstehen.
- Bei neu strukturierten Wertschöpfungsketten ist u.U. das derzeitige Produkthaftungs- und Gewährleistungsrecht nicht ausreichend.
- Bis jetzt ist niemand für diese neuen Techniken ausgebildet

Daraus leiten wir als Auftrag an die Politik ab:

- Umwälzungen erzeugen Unsicherheit und Ängste. Wir müssen offensiv mit den Risiken umgehen, die Chancen betonen und die Problemfelder anpacken.
- das Prozess-Know-how des Mittelstandes und der Kleinbetriebe muss so geschützt werden, dass diese Betriebe ihr Recht auch gegenüber großen Konzernen und gegen ausländischer Konkurrenz durchsetzen können.
- Schnittstellen und Datenmodelle der verwendeten Werkzeuge sind offen zu legen, damit ein Anbieterwechsel stattfinden kann. Eine Zwangsbindung an große Software-Monopolisten muss vermieden werden.
- Produkthaftung und Gewährleistungsrecht muss an geänderte Wertschöpfungsketten angepasst werden.
- Es muss in der Übergangsphase viel gelernt und auch in Pilot- und Entwicklungsprojekte investiert

- werden. Solche Investitionen müssen abschreibungsfähig werden.
- Wirtschaft 4.0 braucht eine verlässliche Netzwerkinfrastruktur. Dabei geht Verfügbarkeit und garantierte Leistung vor der Jagd nach der schnellsten, manchmal möglichen Datenrate.
 - Wirtschaft 4.0 braucht Fachkräfte mit einer passenden Ausbildung. Diese Aufgabe fängt in der Schule an. Erst in der Berufsausbildung mit Informatik zu beginnen ist zu spät. Das Vermitteln von Informatikkenntnissen, darunter auch Grundkenntnisse im Programmieren muss spätestens in der Sekundarstufe I flächendeckend an allen Schularten in die Lehrpläne und auch tatsächlich im Unterricht erfolgen
-

Betriebliche Altersvorsorge für kleine und mittelständige Unternehmen attraktiver und sicherer gestalten.

Die AGS Baden-Württemberg fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, im Hinblick auf die Auswirkungen von Industrie 4.0 sich für die Einführung der Bürgerversicherung einzusetzen, um die Gefahr der Altersarmut abzuwenden. Durch die Fortentwicklung von Industrie 4.0 werden die Sozialen Sicherungssysteme, so wie sie heute finanziert sind, nicht mehr ausreichen. Deshalb fordern wir, dass alle Einkommensarten zur Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme herangezogen werden. Das bedeutet auch, dass die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft wird.

Als zweite Säule der Altersvorsorge muss die Betriebliche Altersvorsorge attraktiver gestaltet werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen dieses Vorsorgemodell in Zukunft besser nutzen. Dies betrifft sowohl die Absicherung der einbezahlten Beiträge als auch die Vermeidung der Mehrfachbesteuerung.

Wir fordern, dass die Betriebliche Altersvorsorge für kleine und mittlere Betriebe aus organisatorischen Gründen und aus Gründen der Absicherung zukünftig bei der Rentenversicherung angesiedelt wird.

Ziel muss es sein, die Altersarmut konsequent zu bekämpfen und dabei nicht aus dem Auge zu verlieren, dass ein ständiger Anstieg der Arbeitskosten vermieden wird, um nicht die Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Vertretungslehrer Gewerbeschulen

Die Landtagsfraktion möge sich für die Einrichtung einer besseren Verfügbarkeit von Vertretungslehrern an gewerblichen Schulen einsetzen. Eine Orientierung an der Handhabung in allgemeinbildenden Schulen würde die Unterrichtsausfälle minimieren.

Blaue Plakette

Die Land- und Bundestagsfraktionen sollen sich bei der angedachten Einführung für eine Übergangszeit der Feinstaub und Stickoxid Verbote für Dieselfahrzeuge (blaue Plakette) einsetzen. Eine sofortige Einführung hätte für Handel und Handwerk sowie für die Kunden fatale Auswirkungen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit, der Austausch einer kompletten Fahrzeugflotte ist nicht finanzierbar, die Erreichbarkeit

der Kunden muss, überall und jederzeit sicher gestellt sein.

Erhaltung des Bargelds

Die SPD verpflichtet sich, sich für die Erhaltung des Bargeldes einzusetzen. Die schleichende Abschaffung des Bargeldes dient nur den Interessen der Datensammler und der Finanzindustrie. Die Folge wäre der gläserne Bürger.